

## Antrag

der Abgeordneten Karsten Hilse, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Rainer Kraft, Udo Hemmelgarn, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Petr Bystron, Joana Cotar, Thomas Ehrhorn, Dr. Michael Ependiller, Peter Felser, Franziska Gminder, Mariana Harder-Kühnel, Verena Hartmann, Dr. Roland Hartwig, Lars Herrmann, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Leif-Erik Holm, Johannes Huber, Jens Kestner, Stefan Keuter, Enrico Komning, Jörn König, Steffen KotréFrank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

### **Echten Umweltschutz betreiben – Aufgabe aller Klimaschutz- und Energiewendeziele, für eine faktenbasierte Klima- und Energiepolitik**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest,

dass die im „Klimaschutzplan 2050“ vom November 2016<sup>1</sup> festgelegten Maßnahmen und Ziele, wie auch im Sachstandsbericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages WD 8 - 3000 - 009/18 mit dem Titel „Aktuelle „Klimaschutzziele“ auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene“<sup>2</sup> festgestellten aktuellen und im Energiekonzept 2010 erstmals festgelegten Energie- und „Klimaschutzziele“, angefangen bei den Zwischenzielen 2030 wie auch im Bericht des Bundesumweltministeriums (BMU) (veröffentlicht am 20.6.17) „Klimaschutz in Zahlen Sektorenziele 2030“<sup>3</sup> bestätigt, und, sofern nicht bereits durch ebenfalls aufzuhebende Gesetze, Verordnungen und andere Maßnahme der öffentlichen Verwaltung bereits fortgeschrieben, mit sofortiger Wirkung, aufzuheben sind. Diese Aktivitäten verstoßen nachhaltig gegen das grundgesetzlich verpflichtende Gebot der Verhältnismäßigkeit, weil sie erwiesenermaßen nutz- und wirkungslos sind, in Bezug auf die zu erreichenden Ziele aber insbesondere wegen der im besten Fall extrem geringen Wirkung auf die nur statistische Größe globale Mitteltemperatur.

<sup>1</sup> Siehe Klimaschutzplan 2050 Veröffentlichung des BMU [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/Klimaschutzplan\\_2050\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/Klimaschutzplan_2050_bf.pdf)

<sup>2</sup> Sachstandsbericht des Wissenschaftlichen Dienstes WD 8 - 3000 - 009/18

<sup>3</sup> Veröffentlichung des BMU „„Klimaschutz“ in Zahlen Sektorenziele 2030“

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. Die sog. „Klimaschutz“- und Energiewendepolitik so schnell wie möglich vollständig zu revidieren.
    - 1.1 Alle diesbezüglichen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften in der Klima- und Energiepolitik zu beenden.
    - 1.2 Alle nationalen wie internationalen Verpflichtungen, die derzeit in Bezug auf den „Klimaschutz“ eingegangen wurden, zu beenden und keine zukünftigen Verpflichtungen mehr einzugehen.
    - 1.3 Sämtliche Zahlungen an die aus o.a. Verpflichtungen vertragskonform zu beenden.
    - 1.4 Sämtliche Plan-Stellen, die zur Verfolgung o.a. Ziele bundesbezogen, direkt oder indirekt im In- und Ausland eingerichtet wurden, oder in den Bundesländern gefördert wurden (Beispiel Klimamanager) sozialverträglich abzubauen, sowie die Bundesländer aufzufordern dies ebenfalls zu tun.
    - 1.5 Stattdessen besondere Aufmerksamkeit auf wirklichen Umweltschutz zu richten, denn „Klimaschutz“ ist fast immer das genaue Gegenteil von Umweltschutz.
  2. Um dem Vorsorgeprinzip zu genügen und in Anerkennung der Tatsache, dass sich das Klima immer schon und völlig unabhängig vom menschlichen Tun, geändert hat, und unabhängig von der Tatsache, die selbst das IPCC<sup>4</sup> in seinem 3. Bericht hervorhebt, dass Prognosen über die zukünftige Klimaentwicklung auf Grund des chaotischen Charakters des Klimasystems grundsätzlich nicht möglich sind, werden die parlamentarischen Beratungen unverzüglich darüber begonnen, welche zur Einrichtung eines Klimawandelfolgenanpassungsfonds führen, der mit max. 10 % der bisher für den „Klimaschutz“ aufgewendeten Mittel gespeist wird und zukünftigen Generationen, die finanziellen Mittel geben soll, um evtl. erforderliche Anpassungsmaßnahmen zu bewältigen (Beispiel Deichbau, Renaturierung von Industriebrachen, Bewässerung von Dürregebieten etc.)
  3. ..das in Vorbereitung befindliche „Klimaschutzgesetz“<sup>5</sup> unverzüglich zu stoppen und alle Aktivitäten hierfür zu beenden
  4. ..das von der Verfassung nicht vorgesehene „Klimakabinett“ umgehend aufzulösen und den Beteiligten sinnvollere Regierungsarbeit abzufordern.
    - 4.1. ..die Deindustrialisierung Deutschlands zu beenden- und den vorgesehenen, wenn auch zum Zeitpunkt dieses Antrags noch nicht endgültig beschlossenen, Kohleausstieg nicht weiter voran zu treiben.
  5. ..das Wirtschaft und Verbraucher schwer schädigende Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) abzuschaffen

---

<sup>4</sup> Deutscher Wortlaut und Quelle: „Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich“. – IPCC TAR WG1, Working Group I: The Scientific Basis

<sup>5</sup> Siehe hierzu <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/„Klimaschutz“/nationale-klimapolitik/„Klimaschutz“gesetz/>

- 5.1. ..und damit den Umweltschutz endlich ernst nehmen
- 5.2. ..die Wettbewerbsverzerrung durch die EEG Umlage zu beenden

Berlin, den 13. September 2019

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## **Begründung**

### **Zusammenfassung**

Die deutschen Treibhausgasemissionen blieben defacto seit 2008 unverändert. Die dokumentierten Absenkungen schwankten -überwiegend konjunkturbedingt- um einen Mittelwert von 917 Mio t mit leicht sinkender Tendenz innerhalb für das Klima bedeutungsloser  $\pm 2,3$  %. Außerdem beeinflussen sie insgesamt ein nur imaginäres Weltklima so gut wie nicht. Denn auch bei völliger Emissions-Absenkung auf Null, also völliger „Dekarbonisierung“ und in jedem denkbaren Fall, selbst unter Verwendung des um den Faktor 3 erhöhten, vom IPCC verwendeten, ECS (Equilibrium Climate Sensitivity) Wertes vermindert sich die – nach dem gewählten Verfahren berechnete-zukünftige Welttemperatur nur um ein von Null messtechnisch nicht zu unterscheidendes  $\Delta T$  von max. 0,000.653°C. Bei Verwendung des aktuellen, von der offiziellen Forschung ermittelten ECS Wertes von rd. 1 °C, sogar nur um 0,000.20 °C. Mit diesem ECS Wert der nur 1 °C bei Verdopplung ergibt, reduziert sich außerdem die gesamte weltweite Klimaproblematik zum Null-Problem.

Auch die realen Absenkungen des Primärenergie- wie des Endenergieverbrauches blieben weit unter Plan. Mit – 5,8 %<sup>6</sup> (Stand 2017) bei der Primärenergie (seit 2008) bzw. - 1,7 % (seit 2010) bei der Endenergie, sanken diese nur sehr geringfügig.

In Bezug auf den angestrebten Beitrag zum „Klimaschutz“ stagnierten sie damit defacto auf hohem Niveau.

Alle in den obigen Plänen genannten „„Klimaschutz“-Ziele wurden daher nicht nur nicht erreicht, sondern weit verfehlt.

Bspw. fiel der Anteil der sog. Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch von mageren 7,2% (2016) auf nur noch 6,8 % (2017)<sup>7</sup>. Bis 2020 sollten sie 18% erreicht haben. Aktuell fehlt zur Zielerreichung also fast das Doppelte. Die Lücke wurde nicht kleiner, sondern größer!

Im noch verbleibenden Jahr ist es daher unmöglich die Zwischenziele für 2020 zu erreichen, sie wurden ja auch tlw. schon kassiert, aber auch die Ziele für 2030 sind - ohne sofortigen Rückgriff auf brutale Zwangsmaßnahmen (z.B. via Kohlendioxidsteuer), völlig unerreichbar. Mit dem in Vorbereitung befindlichem „Klimaschutzgesetz“ sollen diese Zwangsmaßnahmen daher legalisiert werden, ungeachtet der Tatsache, dass sie mit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung völlig unvereinbar sind, und Verbraucher wie Wirtschaft extrem belasten würden.

Auch die mit großem Aufwand und mit immer üppigeren Subventionen bedachte und ohne Erfolg betriebene E-Mobilität wirkt dabei ebenso kontraproduktiv, wie auch die nicht zu Ende gedachte Sektor-Kopplung. Die Ziele an sich sind völlig unrealistisch.

Doch auch dann, wenn sich angestrebte CO<sub>2</sub> Emissionsminderung in vollem Umfang realisieren ließe, brächte sie lediglich eine Minderung von max. 0,000.653 °C einer hypothetischen Temperatur-Erhöhung, irgendwann in ferner unbekannter Zukunft.

<sup>6</sup> Alle Zahlen zu Primär- oder Endenergieverbrauch direkt oder indirekt aus Arbeitsgemeinschaft Energiebilanz, jeweils aktuelle Ausgaben per Mai 2018

<sup>7</sup> Siehe aktuelle Auswertung AGEb <https://ag-energiebilanzen.de/10-0-Auswertungstabellen.html>

Obwohl der Regierung bekannt sein müsste, dass Deutschland mit fast allen Bemühungen zur Erreichung der „Klimaschutzziele“ seit Jahren regelmäßig scheitert, und nur theoretisch und auch nur unter völlig unrealistischen Annahmen maximal eine Minderung des Anstiegs der Weltmitteltemperatur um 0,000.653 °C bewirken könnte, ist es einer der Hauptfinanziers der weltweiten „Klimaschutzanstrengungen“. So gab die öffentliche Hand lt. eines Sachstandsberichtes des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung<sup>8</sup> (BMZ) vom März 2018 allein im Jahr 2016 8,5 Mrd. € und nur im Ausland dafür aus. Ein ungeheures Missverhältnis, das umgehend zu beenden ist.

### Detaillierte Begründung:

1. Trotz extrem teurer Bemühungen die weltweiten, aber besonders die deutschen Treibhausgasemissionen zu senken, blieben diese seit 2008 defacto stabil bei  $917 \pm 21,5$  Mt CO<sub>2</sub> equiv.<sup>9</sup>. Sie schwankten konjunkturabhängig nur innerhalb eines Korridors bedeutungsloser  $\pm 2,3$  %. Die relativ kräftige Reduktion im Jahr 2018 von rd. 50 Mio t, ist überwiegend dem milden Winter geschuldet und daher als Ausreißer zu betrachten. Zitat: „schon der nächste kalte Winter... oder kleinere konjunkturelle Veränderungen werden diese positive Entwicklung wieder rückgängig machen – Patrick Graichen AGORA<sup>10</sup> Zitatende. Allein dadurch ist ein deutscher Beitrag nahezu wirkungslos, denn sein Einfluss auf ein wie immer geartetes sog. Weltklima existiert vielleicht theoretisch, aber nicht praktisch!
2. Die im Sachstandsbericht des Wissenschaftlichen Dienste WD 8 - 3000 - 009/18 (1) Absatz I unter ab Seite 18 ff aufgeführten Emissions-Minderungs-Zwischenziele bis 2030 und 2040: - 55% bis 2030, - 70% bis 2040 (siehe hier auch Unterpunkt 5) sind daher weder zielführend, weil unerreichbar, noch ändern sie am sog. Weltklima irgendetwas (siehe insbesondere Unterpunkt 6), – werden aber die völlige Zerstörung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bewirken.
3. Auf das sog. Weltklima haben sie – unabhängig von der Sichtweise auf die höchst umstrittene und bisher auch in keinem der bisherigen IPCC Berichte festgestellten Wirkung des CO<sub>2</sub> auf dasselbe – allein wegen ihrer, im Weltmaßstab extrem geringen Menge, keinen messbaren Einfluss.
4. Auch wurde bisher, trotz der seit dem Ende der kleinen Eiszeit etwa ab 1850 eingetretenen geringen globalen Rück erwärmung von im Mittel ca. 1 °C, die als optimal eingeschätzte Mitteltemperatur der Atmosphäre der Erde in Bodennähe von 15 ° nie erreicht. Alle Experten des IPCC schreiben dem sog. **natürlichen** Treibhauseffekt die Fähigkeit zu, die Mitteltemperatur um 33 °C von -18 °C auf + 15 °C<sup>11</sup> anzuheben. Dieser natürliche Grenzwert<sup>12</sup> – häufig in den Medien als so genannte „Wohlfühltemperatur“ bezeichnet – wurde niemals, zu keinem Zeitpunkt der letzten 150 Jahre, überschritten (NASA und WMO meldeten für 2016 14,83 °C, und 2017 liegt bei ca. 14,76 °C und 2018 bei 14,68 C<sup>13</sup>). Für den postulierten anthropogenen Anteil daran ist demnach kein Platz mehr. Er findet sich nicht in den Daten. Auch deswegen entfällt jeglicher Handlungsbedarf.

<sup>8</sup> Quelle BMZ-Engagement in den Bereichen Klima und Energie vom 22.3.18 Ausschussdrucksache 19(16)29 Umwelt...

<sup>9</sup> (Quelle Statista <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76558/umfrage/entwicklung-der-treibhausgas-emissionen-in-deutschland/>)

<sup>10</sup> Quelle Spiegel Online vom 8.1.2019 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/co2-deutschlands-emissionen-sinken-2018-aber-nicht-nachhaltig-a-1246903.html>

<sup>11</sup> Details zur generellen Problematik überhaupt eine „globale Mitteltemperatur“ zu bestimmen findet man hier: <https://www.eike-klima-energie.eu/2015/10/23/1375-oder-14-oder-15-oder-gar-1538-das-ist-hier-die-frage-klimavideo-zur-gretchenfrage-von-welcher-temperatur-ist-eigentlich-die-rede/>

<sup>12</sup> Die absolute globale Mitteltemperatur wurde bis ca. Anfang 2000 für den Referenzzeitraum von 1951-1980 durchgängig in Literatur und Medien mit 15 ° angegeben. Seitdem jedoch verstärkt und von den Medien unkommentiert wurde sie auf 14 °C abgesenkt. Die Gründe dafür sind unbekannt. Liegt der Grund darin, dass die hochkomplizierten Annahmen, die ihrer bisherigen Berechnung – sie ist auf nachweislich keinerlei Weise messbar (siehe auch [https://data.giss.nasa.gov/gistemp/faq/abs\\_temp.html](https://data.giss.nasa.gov/gistemp/faq/abs_temp.html))- zugrunde lagen, falsch waren, dann stellt sich die Frage, warum die neuen Annahmen richtig sein sollen? Liegt der Grund darin, dass man unvermutet eine Abkühlung von 15 °C auf nur noch 14 °C gefunden hat, dann stellt sich die Frage warum die Erwärmung auf immer noch unter 15 °C schädlich oder gar „katastrophal“ sein soll?

<sup>13</sup> Quelle: <https://public.wmo.int/en/media/press-release/wmo-confirms-past-4-years-were-warmest-record>

5. Ebenfalls wurden die u.a. im zusammenfassenden Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes (1)<sup>14</sup> im Weiteren aufgeführten „Effizienz- und Ausbauziele“ insbesondere

(Zitatanfang)

- ..die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis 2020 auf 18%. Danach sollte folgende Entwicklung anzustreben sein: 30% bis 2030, 45% bis 2040, 60% bis 2050;
- ..die Steigerung des Anteils an der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2020 auf 35%. Danach soll eine Steigerung angestrebt werden: 50% bis 2030, 65% bis 2040, 80% bis 2050.
- ..die Senkung des Primärenergieverbrauchs 2020 gegenüber 2008 (14.380 PJ) um 20% (11.504 PJ) und bis 2050 um 50% (7.190 PJ.... (Zitatende)

..sind daher ersatzlos zu streichen und in die Verantwortung der Marktteilnehmer (Effizienzsteigerung, Anteil der sog. Erneuerbaren am Primärenergieverbrauch, etc.), bei gleichzeitiger Kappung aller direkten und indirekten Subventionen, zurückzuführen.

6. Zur Wirkung des CO<sub>2</sub> auf den Klimawandel wird auf die Bundestagsdrucksache 19/2998 vom 27.06.2018 und deren umfangreiche Beweisführung verwiesen. Hier nur der Abschnitt für die Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Daraus ... auf Deutschlands Emissionen bezogen, ergibt sich deshalb -unter den gewählten, durchaus realistischen Annahmen- folgendes

Lt. aktuellen (vorläufig) UBA Zahlen emittierte Deutschland 2017 904,7 Mio. t an CO<sub>2</sub>äquivalent. (Und damit 4,7 Mio. t -das sind 0,5 %- weniger als im Vorjahr.) Damit blieben die deutschen Emissionen auch im zehnten Jahr in Folge praktisch unverändert.

Diese Menge stellt nur ca. 2,2 % der globalen anthropogenen Emissionen dar.

Die ihrerseits beträgt jedoch nur 1,2 bis 5 % der natürlichen Emissionen, von denen fast alles, im sog. CO<sub>2</sub> Kreislauf wieder absorbiert werden. Der Rest reichert die Atmosphäre an und erhöht damit die Konzentration.

D.h. der deutsche Anteil beträgt 2,2 % von max. 5 % der natürlichen Emissionen.

Das sind max. 0,11 % aller Emissionen bzw. minimal 0,022 %, wenn man den unteren Wert annimmt.

Wie viel von den so emittierten anthropogenen Mengen an CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre verbleibt ist wissenschaftlich hochumstritten. Manche gehen von 2 % aus (Salby) andere von 12 % (Segalstadt) und wieder andere (Rahmstorf) von 50 %. Es wird mit 50 % gerechnet.

Bei 50 % verblieben von den deutschen rd. 905 Mio. t 452,5 Mio. t gerundet 453 Mio t in der Atmosphäre. Diese enthält allein an CO<sub>2</sub> (410 ppm!!) insgesamt 3.200 Gt<sup>15</sup> (Gt = Gigatonnen = 1000 Mio.t)

Deutschlands Anteil erhöht also die globale Menge jährlich um 0,453 Gt. Eingesetzt in die obige Formel ergibt sich mit  $K_{C_{neu}} = 3.200,453$  und  $K_{C_{alt}} = 3.200$  eine Temperaturdifferenz, ausgelöst durch das bezogene Jahr, von

$\Delta T$  von 0,000.653°C.

Die deutschen Emissionen könnten auch nur einmal dauerhaft eingespart werden, wirkten sich also auch nur einmal auf eine potentielle Verminderung des Anstieges aus.

0,000.653°C sind ein Wert, den niemand – mit keiner bekannten Messrechnik der Welt - messen kann, fühlen schon gar nicht und der in jedem denkbaren Fall keinerlei Auswirkung auf das sog. Weltklima hätte.

<sup>14</sup> vom 18.1.2018 WD 8: Fachbereich für Umwelt, Forschung, Reaktorsicherheit Bildung und Forschung Seite 18:

<sup>15</sup> Siehe Rahmstorf <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/der-globale-co2-anstieg-die-fakten-und-die-bauernfaengertricks/>

Hinzu kommt, dass niemand weiß, wann diese Erwärmungsminderung eintritt, denn die Gleichung geht von einem imaginären Gleichgewichtszustand (Equilibrium Climate Sensitivity) aus, von dem niemand weiß, wann er eintreten würde.

Anmerkung: Andere Annahmen und andere Verfahrensschritte führen zu anderen Zahlenwerten, denen aber gemeinsam ist, dass alle unter der Wahrnehmungsgrenze liegen.

Die „Dekarbonisierung“ angelegt im Energiekonzept 2010 und verfestigt im „Klimaschutzplans 2050“ bringt also gar nichts.

Legt man die von der aktuellen Forschung längst akzeptierten ECS Werte von 0,3 bis 1 °C zugrunde, verminderte sich die Erwärmungsminderung sogar auf ein

$\Delta T$  von 0,000.065°C bis 0,000.20 °C.

Damit reduziert sich jegliches Klimawandelproblem weltweit, also auch in Deutschland, bei Anwendung der aktuellen Größe des ECS Wertes – auch bei seinem höchsten Wert von ca. 1 °C- zum Nicht Problem.

## 7. Zur geplanten Senkung des Primär- und Endenergieverbrauches

### 7.1 Endenergieverbrauch

Trotz der extrem hohen Vergütung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stieg der Anteil der sog. Erneuerbaren Energien bis 2016 am Endenergieverbrauch nur von 617 PJ (PetaJoule) in 2010 auf 658 PJ in 2016 (vorläufige Zahl des Arbeitskreises Energiebilanzen<sup>16</sup>). Er stieg also lediglich um 41 PJ.

Prozentual waren das in 2010 – dem Startjahr des „Energiekonzeptes 2010“ – nur 6,63 % des gesamten Endenergieverbrauches in Deutschland. Sieben Jahre später – in 2017 – waren es auch nur 6,8 %.

Für 2018 werden es nach vorläufigen Zahlen nur geringfügig mehr werden.

Trotz milliardenschwerer Investitionen in sog. Erneuerbare rückt daher auch das Ziel eines Anteils von 18 % vom Endenergieverbrauch bis 2020 in unerreichbare Ferne. Ebenso wie für alle Folgeziele nämlich 30% bis 2030, 45% bis 2040, 60% bis 2050.

### 7.2 Primärenergieverbrauch

Auch die geplante Senkung des Primärenergieverbrauches stellte sich nicht ein. Denn lt AG Energiebilanzen waren es mit 13.550 PJ in 2017 nur ./ 5,8 % weniger als 2008 mit 14.380 PJ. Auch hier ist das Ziel bereits für 2020 von nur noch 11.504 PJ in unerreichbare Ferne gerückt. Denn es noch erreichen zu wollen hieße, den Primärenergieverbrauch in nur noch gut 2 Jahren um 2.046 PJ abzusenken mit. Ein Wert, der nicht einmal annähernd, jemals über die vorausgegangenen 13 Jahre erreicht wurde (erreicht wurden von 2005 bis 2016: minus 1107 PJ, von 2014 bis 2016: sogar plus 272 PJ).

Und noch unmöglicher erscheint die Planung für 2050 wo nur noch 7.190 PJ verbraucht werden sollen, das sind 50 % weniger als 2008. Wegen der geplanten Umstellung auf Elektromobilität kommt ein weiterer erschwerender Aspekt hinzu, der die geplanten Mengenziele endgültig ins Reich des Wunschdenkens verweist.

Nur zum Vergleich: Selbst der zweite Weltkrieg mit seinen unfassbaren weltweiten Zerstörungen von Menschenleben und Infrastruktur und damit Wohlstand, brachte nur eine kurzfristige leichte Delle im weltweiten Primärenergieverbrauch von weniger als 5 Prozentpunkten. Doch diese Delle wurde im Folgejahr 1946 bereits vollständig ausgeglichen.

## 8. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen und den Ausstieg aus dem Kohleausstieg verhindern

<sup>16</sup> Quelle AG Energiebilanzen <https://ag-energiebilanzen.de/10-0-Auswertungstabellen.html>

Die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, im Folgenden „Kohlekommission“ genannt, hat in ihrem Abschlussbericht den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 empfohlen und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Die Bundeskanzlerin hat bereits angedeutet, dass die Regierung den Vorschlägen folgen und voraussichtlich bis Ende November 2019 entsprechende Gesetze verabschieden wird. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung nötigt Verbraucher zu jährlichen Mehrkosten in Milliardenhöhe, mindert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und gefährdet die Versorgungssicherheit erheblich. Die Kohlereviere sind durch die geplanten Maßnahmen von tiefgreifenden Strukturbrüchen bedroht, die betroffenen Arbeitnehmer angesichts der ungewissen Zukunft zurecht verunsichert. Diese schwerwiegenden Nachteile werden von der Regierung leichtfertig in Kauf genommen, um einen vermeintlichen Beitrag zum „Klimaschutz“ zu leisten. Tatsächlich führen die Mechanismen des Europäischen Emissionshandels jedoch dazu, dass der Kohleausstieg allein nicht zu einer echten Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb der Europäischen Union führt und daher klimapolitisch wirkungslos ist.

Die „Kohlekommission“ und Bundesregierung planen daher eine bewusste Täuschung der Bürger, indem sie die durch den Kohleausstieg steigenden Strompreise über den Bundeshaushalt ausgleichen und damit den Anschein gleichbleibender Preise erwecken wollen. Entsprechende Vorschläge hat die Kommission in ihrem Abschlussbericht ausgearbeitet. Die Bundesumweltministerin geht in diesem Zusammenhang sogar „keineswegs von steigenden Strompreisen aus“ und folgt damit der Empfehlung der Kommission zur Irreführung der Bürger ([www.nrz.de/politik/kohleausstieg-bis-2038-umweltministerin-schulze-glaubt-nicht-an-steigende-strompreise-id216303347.html](http://www.nrz.de/politik/kohleausstieg-bis-2038-umweltministerin-schulze-glaubt-nicht-an-steigende-strompreise-id216303347.html)). Ein derartiges Vorgehen ist bewusster Betrug am Steuerzahler. Der von der Bundesregierung angestrebte Kohleausstieg widerspricht bewährten marktwirtschaftlichen Prinzipien und schadet der deutschen Volkswirtschaft damit in erheblichem Ausmaß.

## 9. Die Wirtschaft und Verbraucher schwer schädigende Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen

Das EEG ist ein planwirtschaftlicher Fremdkörper in der sozialen Marktwirtschaft, der zu massiven Fehlallokationen, Preissteigerungen sowie zu einer volatilen Stromproduktion („Zappelstrom“) führt, die sich nicht am Bedarf orientiert. Der Bundesrechnungshof bescheinigte in einem Sonderbericht der bisherigen Energiewende eine katastrophale Bilanz.<sup>17</sup> Deutschland hat durch den EEG-geförderten Ausbau mittlerweile die höchsten Strompreise in Europa. Gleichzeitig sind immer größere Aufwendungen und Kosten der Netzbetreiber notwendig, um den unberechenbaren Wind- und Solarstrom aufzunehmen, um einen großflächigen Blackout zu verhindern und um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Lastabschaltungen zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität sind inzwischen die Regel.<sup>18</sup>

Ein Gesamtkonzept ist nicht erkennbar, da das Speicherproblem wegen fehlender großtechnisch umsetzbarer Lösungen, ebenso aufgrund ihrer Unfinanzierbarkeit nicht gelöst ist und unlösbar bleibt. Schon jetzt erkennbar sind hingegen die ausufernden Kosten, die insbesondere die Endverbraucher tragen und die nur wenigen Unternehmen Gewinne bringen. Dies alles geht einher mit einer massiven Zerstörung der Umwelt, bei der in immer mehr Naturschutzbereiche eingegriffen wird.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat keinen erkennbaren Einfluss auf den Ausstoß von Treibhausgasen in Europa. Der Treibhausgasausstoß im Bereich Stromerzeugung ist vom europäischen Emissionshandel erfasst und gedeckelt. Die zulässige Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen sinkt verbindlich jedes Jahr. Nationale Einzelmaßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen führen nur zur Verbilligung der Emissionszertifikate, die von anderen EU-Ländern zur gleich großen Erhöhung ihrer Emissionen verwendet werden dürfen – was auch geschieht. Das deutsche EEG verändert daher die Emissionsgesamtmenge Europas

<sup>17</sup> [www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/energiewende](http://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/energiewende)

<sup>18</sup> [www.regelleistung.net/ext/static/abla](http://www.regelleistung.net/ext/static/abla), dort abrufbare Liste „Abrufwerte“

nicht. Nach aktuellem Sachstand des „Weltklimarats“ IPCC würde selbst ein Erreichen der Ziele des EEG nicht zu einem messbaren Einfluss auf das Weltklima führen – der rein theoretische Nutzen ist nahezu unmessbar gering<sup>19</sup>.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

---

<sup>19</sup> Bundestagsdrucksache 19/2998, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/029/1902998>